

Völkische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 350 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214



Wochenpreis: für 22 Blätter und Samstags Beilage monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,20, halbjährlich Mk. 8,40, jährlich Mk. 16,80. Druck des Verlagsanstalts „Völkische Zeitung“ in Halle a. S. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit und 6 mm hoch 100 A. Die Spalte 20 mm breit und 6 mm hoch 120 A. Die Spalte 10 mm breit und 6 mm hoch 150 A. Die Spalte 5 mm breit und 6 mm hoch 200 A. Die Spalte 2 mm breit und 6 mm hoch 300 A. **Geschäftsstelle:** Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Köpenick Nr. 9390. **Verlag:** Halle a. S.: Postfach 100. Fernruf 20512. **Mittwoch, 3. August**

Um die Abrüstungskonferenz

Englands „positive“ Bestrebungen

„Daily Chronicle“ hebt die bringende Notwendigkeit einer halbjährigen pausierenden Konferenz hervor. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, in den Erörterungen zur Durchführung der Abrüstungskonferenz scheine ein Stillstand eingetreten zu sein, da Schwierigkeiten wegen der Fragen der positiven Abrüstungskonferenz wegen der sogenannten Vorbedingungen entstanden seien. Zu ähnlichen Resultaten urteile man über die beiden Fragen vollkommen verschieden. Während sich die Abrüstungskonferenz hauptsächlich mit dem militärischen Aspekt zu befassen soll, seien verschiedene Streitigkeiten unauflösbar mit den politischen Problemen, wovon die Abrüstungskonferenz nicht abstrahieren könne. Weiter hat die positive Konferenz hauptsächlich das Unterprogramm und mittelbar das Bündnis mit Japan zum Gegenstand. Die Mitglieder des britischen Kabinetts waren gestern, sofort Beratungen mit den Vereinigten Staaten und mit Japan zu führen, bevor die Premierminister der Dominions die Heimreise antreten, wogegen Lloyd George, Wilson und Wofford bereit seien, sich sofort nach geeigneten Orten in den Vereinigten Staaten zu begeben, wenn es den Vereinigten Staaten und Japan genehmig wäre.

„Daily Chronicle“ zufolge ist man in Konferenzkreisen der Ansicht, daß ein Heberzinkmanen ergibt wird, das es ermöglicht, eine halbjährige Zusammenkunft mit den führenden Staatsmännern des Britischen Reiches, der Vereinigten Staaten und Japan abzuhalten.

„Morning Post“ meidet dagegen, die amerikanische Regierung werde nur für eine einzige Konferenz ein, die sowohl die positive als auch die Abrüstungsfrage umfasse. Die Konferenz findet, wie die amerikanische Regierung entschieden hat, in Washington und irgendwo anders statt. Außerdem wird Amerika nur die Nationen einladen, die mit den Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen unterhalten. Das wären beispielsweise England (das auch der Premierminister vertreten wird), Frankreich, Italien, Japan und China.

Die Aufstellung Oberschlesiens

× Paris, 2. August.

Im „Echo de Paris“ spricht heute Vertman über die Beratungen der Sachverständigen in der ober-schlesischen Frage. Er erklärt, daß zunächst ein englisch-italienisches Projekt vom Monat Mai vorliege, unterzeichnet von dem Obersten Verbal und dem General de Martini. Diese gingen von dem Grundgedanken aus, daß das Industriegebiet nicht geteilt werden dürfe und daß man Polen angeschlossen nur ein Drittel jener Bevölkerung zugeteilt dürfte, die für Polen stimmte hätten. Dann liegt das Korfanti-Projekt vor und ein Plan des Generals Le Rond, die die von den Engländern und Italienern angenommenen Argumentationen in das Gegenteil, also zugunsten Polens, verkehren. Das vorgelegene Ergebnis ist von Korfanti noch besonders vom strategischen Gesichtspunkt aus zu Polens Gunsten „verbessert“ worden. Diefem Plan zufolge verlor die Deutschen zwei Fünftel ihrer Stimmten. Der Plan des Grafen Forza, Polen und Deutsche jene Gebiete zu geben, die ihnen unbetritten nach dem Ergebnis der Volksabstimmung zufallen würden, enthält zwei Abstriche: eine die Grenze des Industriegebietes wahrer will und die andere, die Deutschland den größten Teil des Industriegebietes zugeht und Polen durch Abtretung landwirtschaftlicher Gebiete im Norden und Osten entschädigt wird. Während der Beratungen am letzten Sonnabend empfahlen die englischen Sachverständigen eine englische Linie, die sich nur wenig von dem ursprünglichen englisch-italienischen Plan unterscheidet. Polen soll demnach außer Plesch und Rühn noch Teile der Kreise Kosenberg, Ratibor und Lublitz erhalten, womit nahezu die den Deutschen günstige Forza-Linie erreicht wäre. Am letzten Sonntag hatten die Sachverständigen intendiert den ganzen Tag zu arbeiten. Die französischen Sachverständigen hatten eine Linie vorgeschlagen, die sich von dem Vorschlag des Grafen Forza nicht unterscheiden, als die Polen noch die Kreise Siedenburg und Zabrze erhalten sollten. Die italienischen Vertreter wurden jedoch nicht von dem neuen Außenminister ermächtigt, sich an die vor zwei Monaten übermittelten offiziellen Dokumente zu halten. Die Sachverständigen verwendeten nun ihre Zeit darauf, eine Teilung der Stimmten, Gemeinde für Gemeinde, vorzunehmen. Vertman erklärt, daß die Volksabstimmung sehr verschieden ausgefallen werden könnte. Jede Regierung legt sie gemäß ihrer Geopolitik aus. Nur eine Gesamtbeurteilung über die Angelegenheiten Deutschlands werde die Einigkeit oder Uneinigkeit der alliierten Ministerpräsidenten festlegen können.

Wenn alle diese Pläne duräberaten werden sollen, wird die Konferenz des Obersten Rates wohl recht lange dauern. Für Deutschland ist nur eine Lösung annehmbar: Das ungeteilte Oberschlesien!

Angstpolitik

Von Friedrich Künzler.

Wieder wird einem deutschen Kanzler vor seiner eigenen Gottähnlichkeit bange. Das Haupt des „Erfüllungs-Kabinetts“, Herr Wirth, soll schwärze Mißtraitsgedanken haben, weil „Frankreich auch weiterhin unerbittlich bleibt“. Freilich, was im Osten und im Westen geschieht, will nicht zu den großen Worten passen, die der Kanzler nach echter Erzbergerart von seiner, der neuen Aera der „Erfüllung“ gesprochen hat. Jetzt drücken ihn gleich zwei Schübe auf einmal, die „Sanktionen bestehen immer noch, und kaum mehr verbilligt rüffel sich der Feindbünd in aller Gemächlichkeit dazu, die wertvollsten Teile Oberschlesiens den Polen auszuhebeln. Das kann selbst Herr Wirth nicht vertragen! Noch in diesen Tagen verknüpft er durch den Mund eines seiner Vertrauten, er habe doch seit seinem Amtsantritt der Entente ständig Beweise seiner guten Gesinnung gegeben und sei immer ernsthaft bemüht gewesen, die Londoner Forderungen zu erfüllen. Nicht, so sei es doch? Er sei doch (vom Standpunkt der Entente aus verstanden) doch das Muster eines deutschen Kanzlers gewesen, habe sich nur Leute als Mitarbeiter gesucht, die ebenso international-suberren waren wie er selbst, siehe Herr Rathenau, — und dennoch...!

Wenn Herr Wirth die Zeit, da er als Oberlehrer den Jungen Mathematik beibrachte, nicht völlig vergessen hätte, würde er jetzt nicht so klagen, sondern die Folgen seiner Politik als selbstverständlich empfinden. Als Jünger des alten Reiches wäre ihm nämlich dann die Lehre von dem Punkt des geringsten Widerstandes noch gegenwärtig, wüßte er, daß sich Druck immer dort äußert, wo der nötige Gegendruck fehlt. Und in der Ausübung des jetzigen Kanzlers fehlt er ganz und gar! Wo blieb der Gegen-schlag gegen die Leipzig-Gemäch? Wo der Hinweis auf die immer schamloser entfaltete französische Geopolitik in Oberschlesien? Was hat Herr Wirth gegen die wiederholte Aufrechterhaltung der „Sanktionen“, Nichts, ja weniger als nichts! Denn die ewigen Verheißungen, das immer wiederholte Ja zeigte dem Feinde Blöße auf Blöße. Das System Wirth machte die deutsche Regierung zum hilflosen Werkzeuge der Gegner, die überhaupt nur mehr ihren Willen herrschen lassen und von Gewalttat zu Gewalttat schritten. Der Kanzler „redifertigte“ seine Raubzüge mit dem Hinweis auf das unterzeichnete Ultimatum. Wie? Gaben wir etwa auch unterzeichnet, daß die Franzosen im trauten Verein mit den Nordwesten Korfantis im Abstimmungsgebiet fengen, plünderten und maulen dürfen? Wissen wir uns die nach wie vor bestehende schwärze Gemäch im Rheinland gefallen lassen? Gaben wir durch unsere Unterfertigung darauf verzichtet, die feindlichen Kriegsverbrecher gebührend zu brandmarken und müssen wir es hinnehmen, daß Brand die Urteile des höchsten deutschen Gerichtshofes als „Justizmord“ bezeichnet?

Diese Art der „Antisühnwelt“ läßt sich überhaupt nur aus einem Gesichtswinkel heraus begreifen. Man muß die Nähe der Herren etwas näher betrachten, denn nur sie liefert den Schlüssel zum Irrgarten der Regierungstätigkeit des gegenwärtigen Kabinetts. Am Winteranfang des Kanzlers steht Tag und Nacht eine blasse Statuette, ohne deren Bildern er kein Wort sprechen, keinen Federstrich machen kann: die Angst. Nicht etwa jenes Gefühl der Verantwortung, das jeder gewissenhafte Führer fühlen muß, sondern das eine Angst, die dem Wirth ein viel zu schlechter Schüler Erzbergers, als daß ihm solche Krampel und Zweifel plagten könnten. Aber Angst lähmt, nicht schlüsselt die Angst: die macht bei ihm und heißt ihn das deutsche Volk einen Weg führen, der nur im Grauenhaften enden kann. Angst vor dem Entgegengekommenen draußen, Angst vor der Masse drinnen! Wo diesen beiden Feinden wird seine Kanzlerschaft hin- und hergezerrt, sie lassen nicht einmal den Gedanken an irgendeine Tat, an irgendeinen Widerstand aufkommen. Immer wieder droht das bleiche Geleit... und Herr Wirth diener treu, vor den Feindbündbögen wie vor der Waage. Sündert Gelegenheiten, die es trotz unserer Waffenlosigkeit, trotz der hart kämpfenden Hände von Versailles noch nach, sich zurückzunehmen verbündete. Mit orientalischem Fatalismus erlischt sich der Führer der deutschen Regierung in sein selbstbereitetes Schicksal.

Die Angst vor dem Geener draußen ist freilich keine Neuerung. Es ist immer her, seit der erste Kanzler des Reiches das ebene Wort von den Deutschen sprach, die keine Furcht kennen außer der Ehrfurcht vor Gott. Unter den Geiern des Führens wurde die Angst vor dem Ausland zur Modetracht. Bei allem, was man tat und ließ, schielte man angustig nach Paris und St. Petersburg, vor

Beurteilung der Botschafter in Berlin

× Berlin, 2. August.

Die der Berliner Vertreter des „Mittleren Monatsheft“ drückt seine Befürchtung aus, daß die Botschafter in Berlin, dem englischen Lord Balfour und (in Vertretung des abwesenden Botschafters) einem italienischen Botschafter stattzugeben. Die Konferenz, die auf Wunsch der betreffenden Regierungen ausgeschrieben, beschäftigt sich mit der Frage der gemeinsamen Schritte, die über eventuell notwendig werdende Transparenz-Erklärungen nach Oberschlesien bei der deutschen Regierung zu unternehmen seien. Auf der Konferenz ergab sich, wie der Berichterstatter betont, keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheit; dagegen konnte man sich nicht über den genauen Wortlaut der Schritte einigen. Die Botschafter haben sich insbesondere geteilt, nachdem sie ihre Erklärungen gemacht und deren selbst die Notwendigkeit der Botschafter. Die Antwort der Regierungen — und somit die fertiggestellte Note — wird von den Botschaftern auch im Laufe des heutigen Tages erwartet und dürfte vielleicht erst heute abend, vielleicht auch erst morgen vormittag der deutschen Regierung überreicht werden. Es muß betont werden, daß es sich hier nicht um einen positiven Antrag handelt, mehr

Gedankens und der unerbittliche Kaiser des völkischen Staatsgedankens. Soll Wismar wirklich nicht behalten mit dem bizeren Worte: „Mache Deutsche in Österreich sind große Mädel gewesen: statt richtig deutsch und nur deutsch zu sein, sind sie alles andere gewesen: liberal, liberal, liberal, jüdisch oder international.“ Schon Tacitus schreibt von der eigenartigen „fides“ der Deutschen, jenen blinden und wahllosen Treuegefühl, das sie immer wieder verführt hat, Treue zu halten treubruchenden Fremden und darüber zum Verräter zu werden am eigenen Volkstum. In dieser fides wagt sich nicht mehrverständene Treue mit höchster Untreue. Wenn diese fides für das Haus Rothringens-Barma oder besser Barma-Rothringens zum Sprungdrat werden sollte, es wäre ein namenloses Unglück. In einer vor kurzen bekannt gewordenen Denkschrift aus Karlsburg ist freilich heißt es: „Die Verlogenheit des Kaisers Karl ist die beste, insofern die einzige Bürgschaft gegen jegliche Wiederaufnahme allzu inniger Beziehungen zu Deutschland. Gerade unter den Auspizien des Kaisers Karl wäre eine Annäherung oder gar ein Anschluss an Deutschland unmöglich.“ Ein Österreich mit Habsburg wäre für uns unerträglich.“

Österreichs Anschluss und die Treue

Von Oberfinanzrat Dr. v. B.

Wenn man das entsetzliche Geschehen unseres Zusammenbruchs von höherer Warte aus betrachtet, muß man da nicht doch sagen, daß uns dieser Verruchstag der Feinde, an dem sie erkranken werden, mehr als eine Siegesfeier befehrt hat und daß auch von ihnen das Babelwort gilt: „Wie gedachten es böse zu machen, aber Gott bedachte es gut zu machen.“ An dreierlei sehe ich vor allem den geschäftlichen Gewinn für uns: erstens: in der Vertreibung unserer gewöhnlichen Offiziere von dem furchtbaren Druck eines generalitätlichen geteilten Sozialismus, — wir sind, oder werden in der Tat zurückzuziehen, was unsere Feinde viel eher erkannt haben als wir selbst; zweitens: in der Vertreibung und Vertreibung des deutschen monarchischen Staatsgedankens aus seiner nachbismarckischen byzantinischen Verankerung; drittens und nicht zuletzt: in der ohne unter künstlichen Umständen erreichten Vertreibung von Götterburg, diesem historischen Spaltbild deutscher Einheit. So hat der Ausgang des Krieges unsere in der nachbismarckischen Zeit ideen- und ideallos gewordenen und im Materialismus und Marxismus festlich erkrankten Völk wieder ein gemeinschaftliches Sozialziel gegeben, an dem es gelunden kann. Ich könnte es da nur als ein Unheil bezeichnen, wenn es heute noch in deutschen Kreisen Österreichs Kräfte gäbe, die in einer merkwürdigen Verwirrung jedes gelunden Empfindens die Rückkehr eines föhrlingsgedankens erstrebten, das niemals in der Geschichte etwas anderes gewesen ist, als der Zolbünd des deutschösterreichlichen

*) Aus dem Aufsatz „Großdeutschland — Bismarcks Reue“ in „Ausgewählte Beiträge“ des „Deutschen Erbes“ (3. F. Bismarcks Verlag, München; Einzelheft 4.— Mark).

